

GESAGT GETAN GERECHT



JAHRESBILANZ 2014

GESAGT GETAN GERECHT



JAHRESBILANZ 2014

DAS LEBEN DER MENSCHEN VERBESSERN



Wir haben in einem Jahr viel erreicht. Die SPD-Bundestagsfraktion ist treibende Kraft dieser Koalition. Das ist gut für unser Land und für die Bürgerinnen und Bürger.

Kein Lohn unter 8,50 Euro pro Stunde. Abschlagsfreie Rente nach 45 Beschäftigungsjahren. Höhere Renten für Mütter und Erwerbsgeminderte. Bessere Leistungen in der Pflege. 9 Milliarden Euro zusätzlich für Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschung. Mehr BAföG für Schülerinnen, Schüler und Studierende. Mehr Geld für Kommunen und Städtebau. Mietpreisbremse für bezahlbares Wohnen. ElterngeldPlus für mehr Flexibilität in der Elternzeit. Doppelpass für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern. Reform der Energiewende für sicheren, sauberen und bezahlbaren Strom. Ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden.

Ohne uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wären diese Fortschritte undenkbar gewesen. Das Leben der Menschen konkret verbessern, unsere Gesellschaft modernisieren, die Wirtschaft auf Erfolgskurs halten und Deutschland voranbringen. Daran arbeiten wir weiter. Gesagt, getan, gerecht!

Wir bringen Ordnung in den Arbeitsmarkt und bekämpfen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Wir kümmern uns um mehr Gleichstellung, indem wir die Frauenquote einführen und gleichen Lohn für Frauen und Männer durchsetzen. Wir verbessern die Zukunftschancen junger Menschen durch mehr Ausbildungs- und Studienplätze. Wir stärken das Recht behinderter Menschen auf Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Wir sorgen durch zusätzliche Investitionen für mehr Wachstum und Arbeitsplätze.

Die SPD-Bundestagsfraktion wünscht Ihnen ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 2015.

Thomas Oppermann, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



ARBEIT WERTSCHÄTZEN

DER MINDESTLOHN IST DA

Seite 8



LEBENSLEISTUNG VERDIEN T ANERKENNUNG

FRÜHER ABSCHLAGSFREI IN RENTE GEHEN

Seite 12

FREIRÄUME SCHAFFEN

MEHR ZEIT FÜR FAMILIE

Seite 16



INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

MEHR GELD FÜR BILDUNG

Seite 20



DIE REFORM DES EEG

NEUSTART DER ENERGIEWENDE

Seite 24



LEBENSQUALITÄT VOR ORT

BEZAHLBARES WOHNEN

Seite 28

ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE STÄRKEN

KOMMUNEN ENTLASTEN

Seite 32

INTEGRATION ERLEICHTERN

DER DOPPELPASS KOMMT

Seite 34

AUSGEGLICHERNER HAUSHALT

MEHR INVESTITIONEN OHNE NEUE SCHULDEN

Seite 33

IN WÜRDE ALTERN

GUTE PFLEGE

Seite 36

MEHR SOLIDARITÄT IM GESUNDHEITSSYSTEM

DAS ENDE DER KOPFPAUSCHALE

Seite 37

AUSSENPOLITIK UND FLÜCHTLINGE

VERANTWORTUNG IN DER WELT

Seite 38

BILANZ IM ÜBERBLICK

AUSSERDEM AUF DEN WEG GEBRACHT

Seite 40

VIEL GETAN, VIEL VOR

WAS WIR ALS NÄCHSTES UMSETZEN

Seite 43

IMPRESSUM

DER MINDESTLOHN IST DA



Mit dem Mindestlohn per Gesetz geben wir der Arbeit von Millionen Menschen Wert und Würde zurück. Außerdem stärken wir die Tarifbindung und sorgen dafür, dass mehr Beschäftigte von guten Tariflöhnen profitieren.



82% ➔

SAGEN »JA« ZUM
GESETZLICHEN MINDESTLOHN
ZDF-Politbarometer
(Forschungsgruppe Wahlen, März 2014)

»Das Tarifpaket ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch vernünftig: Es stärkt den fairen Wettbewerb, die Tarifbindung und die Binnennachfrage.«

Carola Reimann, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

In den Koalitionsverhandlungen haben wir erfolgreich für einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro gekämpft. Außerdem haben wir durchgesetzt, dass Tarifverträge künftig leichter auf alle Unternehmen einer Branche ausgedehnt werden können.

GETAN ✓

GESETZLICHER MINDESTLOHN

Ab dem 1. Januar 2015 haben alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Im Übergang sind bis Ende 2016 Abweichungen möglich. Voraussetzung ist in der Regel ein Mindestlohn-Tarifvertrag. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn flächendeckend. Danach wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig durch die Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst. Besondere Regelungen gelten für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten einer neuen Beschäftigung, für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Ausbildungsverhältnisse und für bestimmte Praktika.

GUTE TARIFLÖHNE

Tarifverträge können künftig leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Sie gelten dann auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber der jeweiligen Branche, die nicht Mitglied der Gewerkschaft bzw. des Verbandes sind, die den Tarifvertrag ausgehandelt haben. Das ging bislang nur, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt und der Tarifvertrag mindestens für die Hälfte der Branchenbeschäftigten gilt. Dieses Quorum entfällt. Auch ermöglichen wir es mit der Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes künftig allen Branchen, branchenweite Mindestlöhne festzulegen.

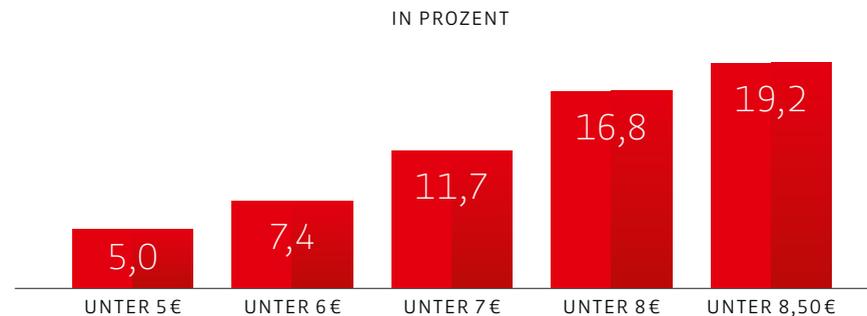


GERECHT ✓

Wir wollen, dass alle von ihrer Arbeit leben können. Dabei ist die Einführung des Mindestlohns ein historischer Durchbruch. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten die größte Lohnerhöhung ihres bisherigen Lebens.

Der Mindestlohn macht viele Menschen unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen und setzt dem Lohndumping ein Ende: Unternehmen können sich nicht mehr gegenseitig dadurch unterbieten, dass sie ihre Arbeitskräfte menschenunwürdig bezahlen. Das stärkt die ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmer, die anständige Löhne zahlen. Gleichzeitig stärken wir die Tarifbindung, damit Tarifverträge auch dort greifen, wo immer weniger Unternehmen der Tarifgemeinschaft angehören.

ANTEIL DER BESCHÄFTIGTEN, DIE 2012 FÜR EINEN STUNDENLOHN UNTER 8,50 EURO GEARBEITET HABEN



QUELLE: INSTITUT FÜR ARBEIT UND QUALIFIKATION 2014 © HANS-BÖCKLER-STIFTUNG 2014

FRÜHER ABSCHLAGSFREI IN RENTE GEHEN



Leistung und Anstrengung müssen sich lohnen. Deshalb können langjährig Versicherte bis zu zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Mütter (oder Väter), deren Kinder vor 1992 geboren wurden, bekommen mehr Rente. Außerdem haben wir die Erwerbsminderungsrente verbessert und das Reha-Budget erhöht.



Mütterrente



Rente ab 63

81% ➤

SAGEN »JA« ZUR ABSCHLAGSFREIEN
RENTE NACH 45 BEITRAGSJAHREN

ZDF-Politbarometer
(Forschungsgruppe Wahlen, März 2014)

» Mit dem Rentenpaket schließen wir Gerechtigkeitslücken. Wir helfen denen, die lange und hart gearbeitet haben. Sie haben es verdient! «

Katja Mast, Sprecherin für Arbeit und Soziales
der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

»Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Rente auszahlen.« So steht es im Koalitionsvertrag. Wer schon in jungen Jahren sein Arbeitsleben begonnen oder Kinder erzogen hat, soll in der Rente besser gestellt werden. Das gilt auch für die, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können.

GETAN ✓

NACH 45 JAHREN IN RENTE

Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat, kann nun schon ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen, zwei Jahre früher als bisher. Vorübergehende Arbeitslosigkeit, Pflegezeiten und Kindererziehung werden anerkannt. Die Grenze für die abschlagsfreie Rente steigt schrittweise auf 65 Jahre an. Um Missbrauch durch »Frühverrentung« auszuschließen, werden Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs in der Regel in den letzten beiden Jahren nicht mehr mitgezählt.

HÖHERE MÜTTERRENTE

Mütter (und Väter), die vor 1992 Kinder erzogen haben, bekommen pro Kind zwei Jahre Erziehungszeit statt bisher einem angerechnet. Damit erhöht sich ihre monatliche Rente um bis zu 28,61 Euro pro Kind, in den neuen Ländern um bis zu 26,39 Euro.

MEHR ERWERBSMINDERUNGSRENTE

Menschen, die aus gesundheitlichen oder unfallbedingten Gründen erwerbsunfähig werden, erhalten eine höhere Erwerbsminderungsrente. Bei einem Rentenbeginn seit dem 1. Juli 2014 wird die Rente so berechnet, als hätten sie bis zum 62. Lebensjahr mit dem bisherigen Durchschnittslohn gearbeitet statt nur bis zum 60. Lebensjahr.

HÖHERES REHA-BUDGET

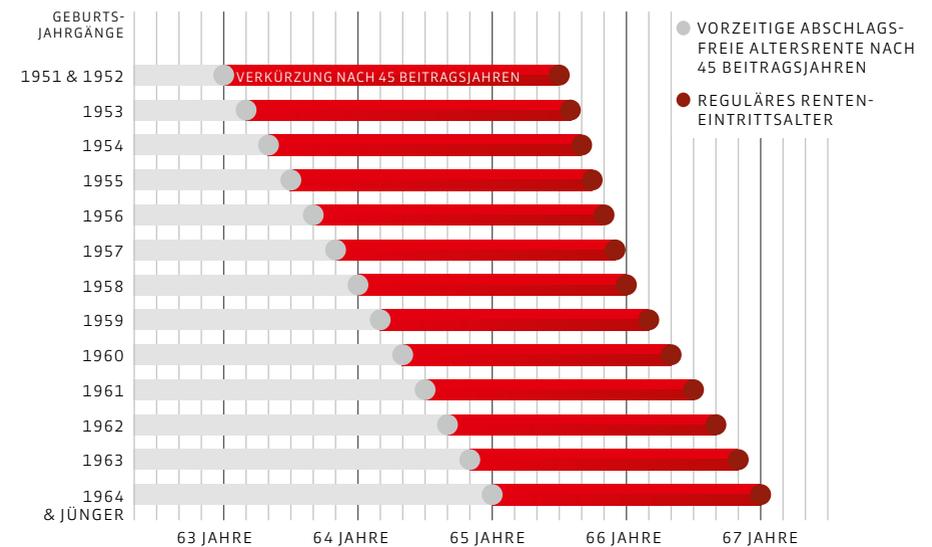
Damit die gesetzliche Rentenversicherung ihren Versicherten helfen kann, so lange wie möglich gesund im Arbeitsleben zu stehen, bekommt sie bis zu 233 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr für die medizinische und berufliche Rehabilitation.

GERECHT ✓

Von der Neuregelung zur abschlagsfreien Rente profitieren unmittelbar mehr als 200.000 Menschen, von der »Mütterrente« 9,5 Millionen. Sie haben mit Arbeit und Anstrengung die Rente der Generation vor ihnen aufgebracht, die heutigen Beitragszahler großgezogen und so zum Wohlstand unseres Landes beigetragen. Für sie sind die Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht geschenkt, sondern verdient. Gleichzeitig ist das Rentenpaket solide finanziert. Der Beitragssatz bleibt stabil. Und ab 2019 sorgt ein Steuerzuschuss dafür, künftige Beitragszahler nicht weiter zu belasten.

WANN KANN ICH IN RENTE GEHEN?

EINTRITTSALTER FÜR DIE VORZEITIGE ABSCHLAGS-FREIE RENTE NACH 45 BEITRAGSJAHREN



QUELLE: BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES 2014



FREIRÄUME SCHAFFEN

MEHR ZEIT FÜR FAMILIE



Wir schaffen Freiräume für eine bessere Balance zwischen Arbeit und Familie. Mit dem ElterngeldPlus geben wir Eltern mehr Zeit und Gestaltungsfreiheit, familiäre und berufliche Aufgaben partnerschaftlich zu teilen. Mit der Familienpflegezeit sorgen wir für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege.

67% ➤

DER ELTERN MIT KINDERN
UNTER 3 JAHREN SAGEN »JA« ZUM
ELTERNGELDPLUS

Monitor Familienleben 2014 / BMFSFJ

» Mit dem ElterngeldPlus haben wir einen weiteren Schritt in Richtung Familienarbeitszeit gemacht. «

Sönke Rix, Sprecher für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, die Elternzeit zu flexibilisieren und ein ElterngeldPlus einzuführen, um Familien mehr Zeit zu geben und eine bessere Kombination mit einer Teilzeittätigkeit zu ermöglichen. Außerdem haben wir verabredet, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern.

GETAN ✓

ELTERNGELDPLUS

Mit dem neuen ElterngeldPlus können Eltern bei Teilzeitarbeit künftig doppelt so lange Elterngeld beziehen (bis zu 28 Monate). Wenn Mütter und Väter parallel 25 bis 30 Stunden pro Woche arbeiten, um sich Familien- und Erwerbsarbeit zu teilen, erhalten beide das ElterngeldPlus für weitere vier Monate (Partnerschaftsbonus). Außerdem können Eltern zwischen dem dritten und dem achten Geburtstag des Kindes künftig 24 Monate Elternzeit nehmen und die Elternzeit flexibler aufteilen. Die Neuregelungen gelten ab Juli 2015.

FAMILIENPFLEGEZEIT

Mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf unterstützen wir pflegende Angehörige mit mehr Rechten und größerer Flexibilität. Bei einem akut eintretenden Pflegefall erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für eine zehntägige Auszeit zur Organisation der Pflege künftig ein Pflegeunterstützungsgeld. Für längere Auszeiten führen wir einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit ein: Angehörige können bis zu 24 Monate die Arbeitszeit reduzieren. Um Lohnausfälle aufzufangen, geben wir den Betroffenen einen Anspruch auf ein zinsloses Darlehen. Die Regelungen treten Anfang 2015 in Kraft.



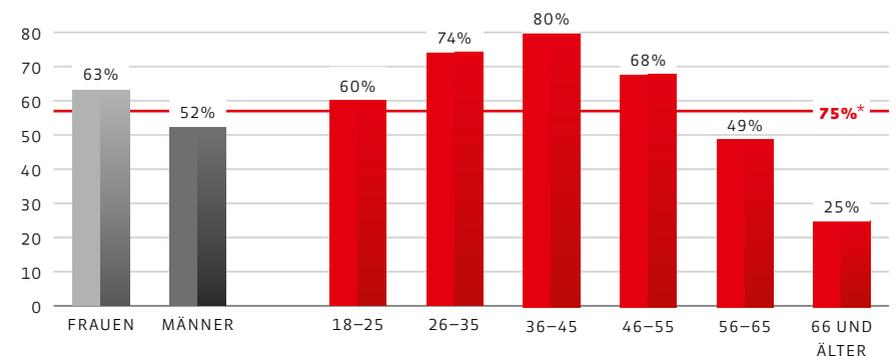
GERECHT ✓

Mit den Neuregelungen tragen wir den Bedürfnissen von Frauen und Männern Rechnung. Denn 60 Prozent der Eltern kleiner Kinder wollen sich Erwerbsarbeit und Familie partnerschaftlich teilen, aber nur 14 Prozent können diesen Wunsch verwirklichen. Mit dem ElterngeldPlus unterstützen wir sie dabei.

Die meisten Menschen wollen zu Hause alt werden. Viele Menschen möchten sich selbst um die Pflege ihrer Angehörigen kümmern. Wir helfen ihnen dabei, nicht vollständig aus dem Beruf aussteigen zu müssen. Das ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch wirtschaftlich vernünftig: Die Fluktuation unter den Beschäftigten sinkt, Fachkräfte bleiben erhalten.

LEBENSGEFÜHL STRESS

ANTEIL DER MENSCHEN, DIE SICH OFT ODER MANCHMAL »GESTRESST« FÜHLEN



QUELLE: TECHNIKER KRANKENKASSE 2013

*DURCHSCHNITT

MEHR GELD FÜR BILDUNG



Wir erhöhen das BAföG um 7 Prozent und fördern über 100.000 Studierende zusätzlich. Die Länder erhalten mehr Spielräume zur Finanzierung von Schulen und Hochschulen. Der Bund investiert in Kita- und Studienplätze sowie in Forschung und Entwicklung. Außerdem haben wir das Kooperationsverbot im Grundgesetz gelockert.



66% ➔

SAGEN »JA« ZU MEHR
INVESTITIONEN IN BILDUNG

Insa-Consulare GmbH 2014

» Das BAföG steht wie kein anderes Gesetz für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. «

Ernst Dieter Rossmann, Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir zusätzliche Zukunftsinvestitionen in Kitas, Bildung und Wissenschaft in Höhe von 9 Milliarden Euro bis 2017 durchgesetzt. Sie sollen durch Entlastung der Länder und durch direkte Investitionen des Bundes zur Verfügung gestellt werden.

GETAN ✓

MEHR GELD FÜR SCHÜLERINNEN, SCHÜLER UND STUDIERENDE

Mit der beschlossenen BAföG-Novelle erhöhen wir die Fördersätze zum Wintersemester 2016 um 7 Prozent. Durch die Anhebung der Einkommensfreibeträge erhalten rund 110.000 junge Menschen zusätzlich einen BAföG-Anspruch.

MEHR GELD FÜR KITAS, SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Der Bund übernimmt ab 2015 die Kosten des BAföG vollständig. Dadurch werden die Länder dauerhaft um rund 1,17 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Sie werden die freiwerdenden Mittel für Kitas, Schulen und Hochschulen verwenden. Außerdem investiert der Bund rund 750 Millionen Euro zusätzlich in Krippen und Kitas und stellt bis 2020 rund 10 Milliarden Euro zur Finanzierung des Hochschulpaktes für mehr Studienplätze zur Verfügung.

MEHR GELD FÜR FORSCHUNG

Für eine aktive Innovationspolitik und zur Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation sowie der Exzellenzinitiative stehen 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Außerdem haben wir das Grundgesetz geändert und das Kooperationsverbot im Hochschulbereich aufgehoben. Damit kann der Bund künftig Universitäten und Fachhochschulen dauerhaft fördern.

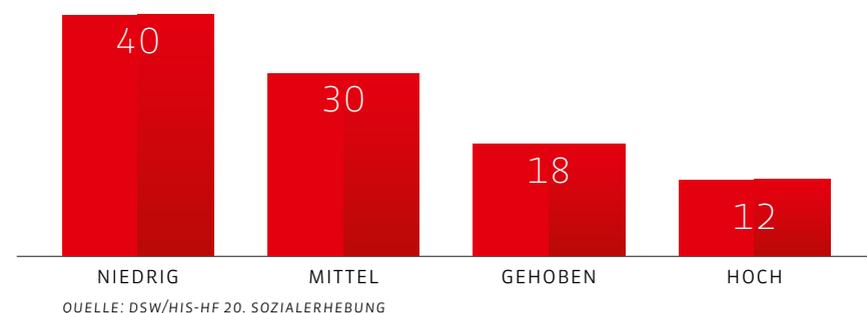


GERECHT ✓

Die Maßnahmen sind ein großer Fortschritt für planbare und verlässliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft in Deutschland. Wir verschaffen den Ländern dauerhafte Spielräume für Zukunftsinvestitionen. Mit der BAföG-Reform und der Fortsetzung des Hochschulpaktes sorgen wir für mehr Chancengleichheit beim Hochschulzugang. Unabhängig davon wird sich die SPD-Bundestagsfraktion weiter für eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Schulpolitik einsetzen.

BAFÖG SORGT FÜR CHANCENGLEICHHEIT

BAFÖG-QUOTE NACH DER BILDUNGSHERKUNFT DER STUDIERENDEN
(IN PROZENT JE BILDUNGSHERKUNFTSGRUPPE)





DIE REFORM DES EEG

NEUSTART DER ENERGIEWENDE



Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) war der erste Schritt für einen Neustart der Energiewende: Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet künftig nach einem verlässlichen Plan voran. Der Anstieg der EEG-Umlage wird gebremst. Damit sorgen wir für bezahlbaren Strom und sichern gleichzeitig Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie.

70% ➤

SAGEN »JA« ZUR ENERGIEWENDE

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD),
Juni 2014

»Die EEG-Reform stellt die Energiewende vom Kopf auf die Füße: Nach vier Jahren Chaos schaffen wir Kosteneffizienz, Planbarkeit und Investitionssicherheit.«

*Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion*

GESAGT ✓

Die Energiewende wird nur dann Akzeptanz finden, wenn Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet sind und industrielle Arbeitsplätze erhalten bleiben. So steht es im Koalitionsvertrag. Deshalb haben wir vereinbart, eine schnelle und grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf den Weg zu bringen, um verlässliche Rahmenbedingungen in der Energiepolitik zu schaffen.

GETAN ✓

STROMPREIS STABILISIEREN

Wir bauen Überförderung ab und konzentrieren die Förderung auf die besonders kostengünstigen Energieträger Wind an Land und Photovoltaik. Neue Anlagen bekommen statt 17 Cent pro Kilowattstunde künftig im Schnitt etwa 12 Cent. Bestehende Anlagen erhalten einen Bestandsschutz. Außerdem gibt es eine Mengensteuerung, damit der jährliche Zubau planbar wird. Der Ausbaupfad sieht vor, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2025 auf 40 bis 45 Prozent zu erhöhen.

KOSTEN GERECHTER VERTEILEN

Um die Kosten der Energiewende gerechter zu verteilen, wird auch die Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage beteiligt.

ARBEITSPLÄTZE ERHALTEN

Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu sichern und Arbeitsplätze zu erhalten, haben wir die Befreiungen von der EEG-Umlage für die stromintensive Industrie europarechtskonform ausgestaltet.

MARKTINTEGRATION VORANBRINGEN

Damit erneuerbare Energien besser in den Strommarkt integriert werden, sollen Betreiber größerer Neuanlagen ihren Strom künftig direkt vermarkten. Spätestens ab 2017 soll die Höhe der Förderung über Ausschreibungen bestimmt werden.

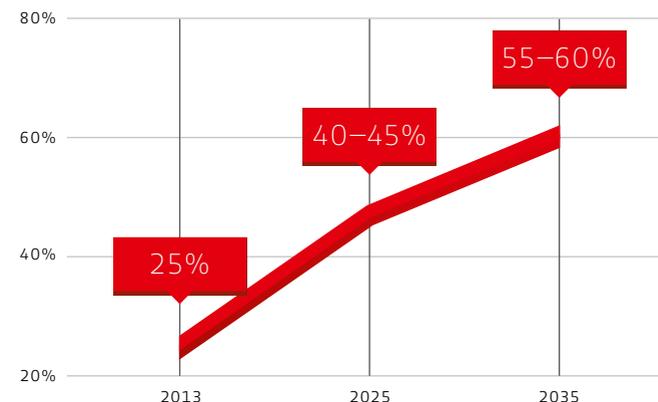
GERECHT ✓

Mit der Energiewende hat Deutschland den Weg in das Zeitalter einer nachhaltigen, sicheren und klimafreundlichen Energieversorgung beschritten. Das EEG hat in den letzten 14 Jahren entscheidend dazu beigetragen, dass die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 25 Prozent inzwischen eine tragende Säule der Stromversorgung in Deutschland sind.

Aber gerade weil das EEG so erfolgreich war, musste es reformiert werden: Drastisch steigende Strompreise würden die Akzeptanz und die Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Die EEG-Novelle ist der erste Schritt, um die Energiewende wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Damit können die erneuerbaren Energien verlässlich wachsen und Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Industrie ihren Strom auch künftig bezahlen.

GEPLANTER AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

ANTEIL AN DER STROMVERSORGUNG



QUELLE: BMWi –
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFT UND
ENERGIE



LEBENSQUALITÄT VOR ORT

BEZAHLBARES WOHNEN



Gutes Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden. Mit der Mietpreisbremse und guten Bedingungen für Neubauten sorgen wir dafür, dass Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Mit mehr Investitionen in die Städtebauförderung verbessern wir die Lebensqualität vor Ort.

92% ➤

DER MIETERINNEN UND MIETER
SAGEN »JA« ZUR BEGRENZUNG
VON MIETSTEIGERUNGEN

Innofact AG / Immobilienscout 24, Oktober 2014

»Mit der Mietpreisbremse schieben wir exzessiven Mietsteigerungen einen Riegel vor.«

Eva Högl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, den Anstieg der Mietpreise zu begrenzen und mehr Geld in die Städtebauförderung zu investieren.

GETAN ✓

DIE MIETPREISBREMSE KOMMT

Bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt dürfen Mieten künftig höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die Länder legen jeweils für bis zu fünf Jahre fest, für welche Gebiete die Mietpreisbremse gilt. Bei der Beauftragung eines Maklers gilt künftig: »Wer bestellt, der bezahlt« – in der Praxis meist der Vermieter. Der Gesetzgeber muss den Neuregelungen noch zustimmen.

MEHR GELD FÜR STÄDTEBAU

Wir haben die Städtebauförderung von 455 auf 700 Millionen Euro jährlich angehoben. Besonders wichtig ist das Programm »Soziale Stadt«: Damit sich unsere Städte nicht in arme und reichere Stadtteile spalten, stellen wir mit dem Programm 150 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

NEUBAU VON WOHNRAUM

Wir unterstützen den Neubau sowie den altersgerechten und energiesparenden Umbau von Wohnungen. Für den altersgerechten Umbau von Wohnungen haben wir wieder Zuschüsse eingeführt. Das energetische Bauen und Sanieren fördern wir mit 1,8 Milliarden Euro. Die Länder erhalten pro Jahr 518 Millionen Euro Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung.

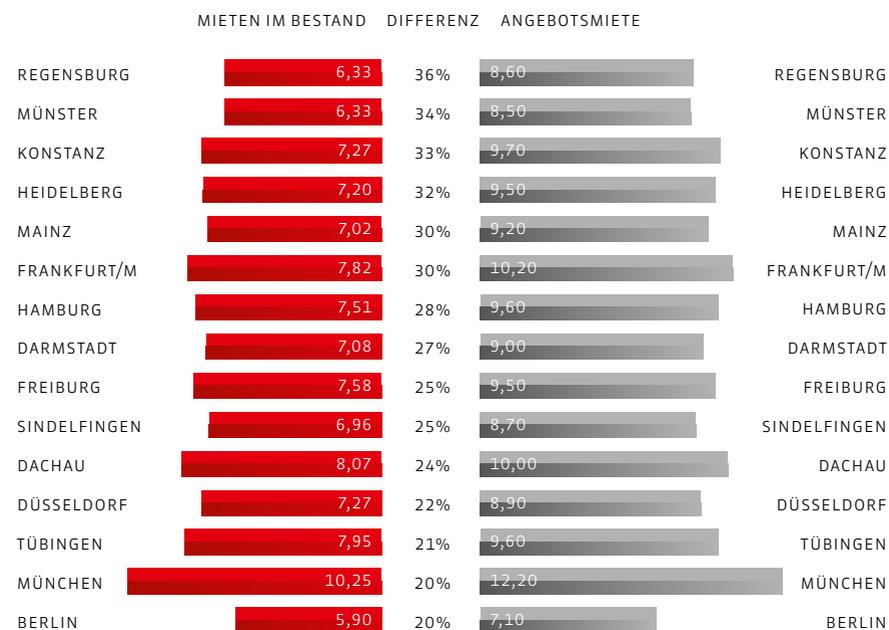
GERECHT ✓

Bezahlbares Wohnen und ein gutes Wohnumfeld entscheiden maßgeblich über Lebensqualität und Zufriedenheit, aber auch über soziales Miteinander und gesellschaftlichen Zusammenhalt. In vielen Groß- und Universitätsstädten steigen die Mieten bei Wiedervermietung um 20 oder 30 Prozent. Die Folge: Immer mehr Familien, Alleinerziehende, Studierende und ältere Menschen finden in den Innenstädten kaum noch bezahlbare Wohnungen. Es droht die soziale Spaltung der Städte – in reiche Viertel und abgehängte Nachbarschaften.

Mit der Mietpreisbremse und der Förderung des sozialen Wohnungsbaus stellen wir uns dieser Entwicklung entgegen. Bei der Städtebauförderung legen wir mit dem Programm »Soziale Stadt« einen Schwerpunkt auf Projekte, die die gesellschaftliche Integration in sozialen Brennpunkten fördern.

STEIGENDE MIETPREISE BEI WIEDERVERMIETUNG

DURCHSCHNITT JE QUADRATMETER NETTOKALT IN EURO



QUELLE: F+B MIETSPIEGELINDEX 2013; F+B-WOHNINDEX, DEUTSCHLAND Q4 2013; DEUTSCHER MIETERBUND

KOMMUNEN ENTLASTEN

Wir entlasten die Städte und Gemeinden. Nur handlungsfähige Kommunen können eine gute soziale Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Bibliotheken und Schwimmbäder zur Verfügung stellen.

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, die Gemeinden, Städte und Landkreise finanziell zu entlasten.

GETAN ✓

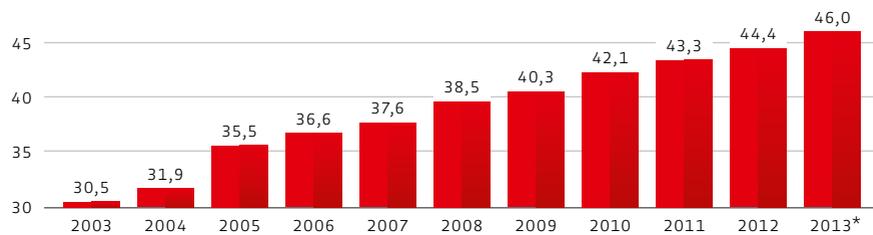
Im Jahr 2014 entlastet der Bund die Städte und Gemeinden durch die vollständige Übernahme bestimmter Sozialausgaben um rund 5,5 Milliarden Euro. Zwischen 2015 und 2018 beträgt die Entlastung insgesamt rund 25 Milliarden Euro. Ab 2015 entlasten wir wie vereinbart die Kommunen zusätzlich, beginnend mit 1 Milliarde Euro. Unser Ziel ist eine Entlastung von insgesamt 5 Milliarden in dieser Legislaturperiode. Außerdem investiert der Bund mehr Geld in Kindertagesstätten.

GERECHT ✓

Mit der Unterstützung der Kommunen stärken wir einen zentralen Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Nur handlungsfähige Kommunen können eine gute öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort aufrechterhalten

KOMMUNALE AUSGABEN FÜR SOZIALE LEISTUNGEN

IN MILLIARDEN EURO, STADTSTAATEN AUSGENOMMEN



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT

*PROGNOSE DER BUNDESVEREINIGUNG DER KOMMUNALEN SPITZENVERBÄNDE

MEHR INVESTITIONEN OHNE NEUE SCHULDEN

2015 kommt der Bund ohne neue Schulden aus und investiert trotzdem in wichtige Zukunftsaufgaben. Damit werden wir unserer Verantwortung für unsere Kinder und Enkel gerecht.

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, ab 2015 einen Haushalt ohne Netto-neuverschuldung aufzustellen und Investitionen zu erhöhen.

GETAN ✓

Mit dem Bundeshaushalt 2015 haben wir einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden beschlossen – zum ersten Mal nach über 40 Jahren. Gleichzeitig beweisen wir, dass gute Haushaltspolitik nicht nur Sparen bedeutet, sondern auch Gestaltung: Wir investieren zusätzliches Geld in Bildung, Infrastruktur und die Entlastung der Kommunen.

GERECHT ✓

Mit dem Verzicht auf neue Schulden zeigen wir, dass wir es mit unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen ernst meinen. Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, dass wir unseren Kindern und Enkeln Handlungsspielräume in der Zukunft erhalten. Ohne Neuverschuldung wird unser Gemeinwesen unabhängiger von den Finanzmärkten. Gleichzeitig legen wir einen klaren Ausgabenschwerpunkt auf Zukunftsinvestitionen und schaffen damit wichtige Grundlagen für künftigen Wohlstand.

» Wir haben 2009 die Schuldenbremse beschlossen und legen jetzt einen Haushalt ohne neue Schulden vor. «

Carsten Schneider, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

DER DOPPELPASS KOMMT

In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern müssen sich nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden. Damit ist der Doppelpass in Deutschland für viele junge Erwachsene Realität.

GESAGT ✓

»Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang, und die Mehrstaatigkeit wird akzeptiert.« Mit diesem Satz haben wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt: Endlich wird der Doppelpass auch in Deutschland Realität.

GETAN ✓

Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, müssen sich nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden.

OPTIONSPFLICHT ENTFÄLLT

Das bisherige Recht zwang in Deutschland geborene Kinder mit einem weiteren, ausländischen Pass mit 18 Jahren zu einer Entscheidung zwischen der deutschen und der durch Abstammung erworbenen Staatsangehörigkeit der Eltern. Wer sich bis zum 23. Geburtstag nicht entschied, verlor den deutschen Pass. Betroffen waren junge Erwachsene, die ab den 1990er-Jahren geboren wurden.

Diese »Optionspflicht« ist nun für die allermeisten der Betroffenen entfallen. Wer bis zum 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt hat oder sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht oder einen deutschen Schulabschluss erworben bzw. eine Ausbildung in Deutschland absolviert hat, darf beide Staatsangehörigkeiten behalten.



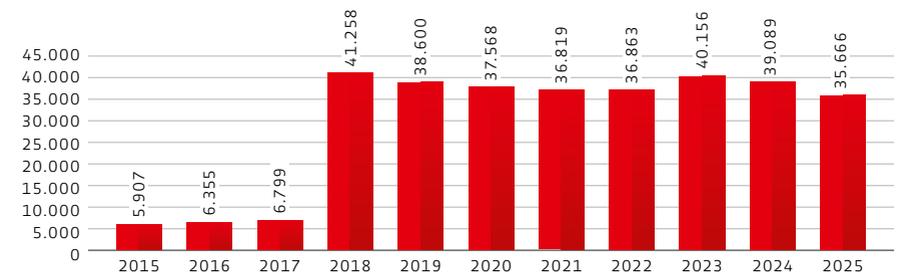
GERECHT ✓

Mit dem Doppelpass haben wir einen wichtigen Fortschritt im Staatsbürgerschaftsrecht erreicht. Darauf haben viele Menschen in unserem Land gewartet. Denn ohne die doppelte Staatsbürgerschaft würden in den nächsten Jahren 400.000 junge Menschen zu einer schwerwiegenden Entscheidung gezwungen. Die Optionspflicht signalisierte den jungen Menschen, nicht vollständig dazugehören. Sie waren Deutsche unter Vorbehalt.

Mit der Optionspflicht ist ein zentrales Integrationshemmnis entfallen. Bei vielen Betroffenen schlagen zwei Herzen in der Brust. Die Mehrheit will beide Staatsangehörigkeiten behalten. Der Doppelpass dient der Integration.

WER PROFITIERT VON DER NEUREGELUNG?

ZAHL DER JUNGEN DEUTSCHEN, DIE SICH NACH BISHERIGEM RECHT ZWISCHEN DER DEUTSCHEN STAATSBÜRGERSCHAFT UND DER IHRER ELTERN ENTSCHEIDEN MÜSSTEN.



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT

GUTE PFLEGE

Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Deshalb stärken wir die Pflege und machen sie zukunftsfest.

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir verabredet, die Situation der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbessern.

GETAN ✓

Zum 1. Januar 2015 erhalten Pflegebedürftige bessere Leistungen, pflegende Angehörige und Pflegefachkräfte werden entlastet. Die Leistungsbeiträge steigen um vier Prozent. Die Leistungen in der häuslichen Pflege werden flexibilisiert, Demenzkranke besser unterstützt. Außerdem stärken wir die Qualität der stationären Pflege.

Zur Finanzierung wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte angehoben. Ein Teil der Einnahmen fließt in einen neuen Pflegevorsorgefonds. Dieser soll ab 2030 die Beiträge stabilisieren, wenn Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen pflegebedürftig werden.

GERECHT ✓

Die Neuregelungen sind ein erster Schritt zur Stärkung der Pflege. Wir orientieren uns dabei am Prinzip »ambulant vor stationär« und entsprechen damit dem Wunsch vieler Pflegebedürftiger, solange wie möglich zu Hause zu bleiben. Außerdem schaffen wir eine nachhaltige Finanzierungsbasis. Mit weiteren Gesetzen werden wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff umsetzen und die Aufstiegschancen in Pflegeberufen verbessern.

»Wir sind stolz darauf, die größte Reform der Pflegeversicherung seit ihrem Bestehen vorlegen zu können.«

Karl Lauterbach, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

DAS ENDE DER KOPFPAUSCHALE

Die Finanzierung der Krankenversicherung richtet sich künftig wieder vollständig nach dem Einkommen. Damit entlasten wir 20 Millionen Versicherte.

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, dass Zusatzbeiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung künftig nur abhängig vom Einkommen erhoben werden können. Damit haben wir das Ende der Kopfpauschale besiegelt.

GETAN ✓

Ab dem 1. Januar 2015 wird der Beitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung von 15,5 auf 14,6 Prozent gesenkt. Damit zahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber künftig jeweils 7,3 Prozent. Die sozial ungerechte, einkommensunabhängige kleine Kopfpauschale wird abgeschafft. In Zukunft können die Krankenkassen über die Höhe der prozentualen Zusatzbeiträge selbst entscheiden. Damit Kassen mit Versicherten mit niedrigen Einkommen nicht im Nachteil sind, gibt es einen unbürokratischen und vollständigen Einkommensausgleich zwischen den Kassen. Wer den Zusatzbeitrag nicht bezahlen will, kann die Krankenkasse wechseln.

Außerdem soll ein neues Qualitätsinstitut wissenschaftlich fundiert Kriterien entwickeln, um die Qualität von Diagnosen und Therapien objektiv messbar und vergleichbar zu machen.

GERECHT ✓

Mit der Senkung der Kassenbeiträge entlasten wir 20 Millionen Versicherte. Mit der Abschaffung der Kopfpauschale sorgen wir für mehr Solidarität im Gesundheitssystem: stärkere Schultern tragen mehr als schwache. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion bleibt die soziale Bürgerversicherung, in der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gleich viel beisteuern.

VERANTWORTUNG IN DER WELT

Mit Diplomatie und humanitärer Hilfe begegnen wir den Konflikten und Krisen in der Welt. In Deutschland kümmern wir uns um diejenigen, die vor Krieg und Gewalt fliehen mussten. Das ist gelebte Verantwortung.

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir eine zurückhaltende und transparente Rüstungsexportpolitik durchgesetzt und Maßnahmen vereinbart, um Asylbewerberinnen und Asylbewerber würdiger zu behandeln und schneller zu integrieren.

GETAN ✓

TRANSPARENT UND RESTRIKTIVE RÜSTUNGSEXPORTE

Die Bundesregierung informiert das Parlament erheblich schneller und umfassender über genehmigte Rüstungsexporte. Genehmigungen werden deutlich restriktiver: Rüstungsexporte in Krisenregionen aus wirtschaftlichem Interesse wird es nicht mehr geben.

FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN

Deutschland nimmt mehr Flüchtlinge auf als jedes andere Land in der EU. 2014 kamen über 200.000 Flüchtlinge und Asylbewerber. Damit sie menschenwürdig aufgenommen werden, helfen wir den Kommunen bei der Unterbringung.

ASYLBEWERBER SCHNELLER INTEGRIEREN

Die Bearbeitungszeit für Asylanträge soll durch mehr Personal auf drei Monate sinken. Künftig können Asylbewerberinnen und Asylbewerber schon nach drei statt nach zwölf Monaten eine Arbeit aufnehmen und sich und ihre Familien versorgen. Die Bewegungsfreiheit wird erhöht, in dem die Residenzpflicht aufgehoben wird. Die Leistungen für Asylbewerber werden an das aktuelle Preisniveau angepasst. Geldleistungen erhalten Vorrang vor Sachleistungen.



MIT DIPLOMATIE FÜR DEN FRIEDEN

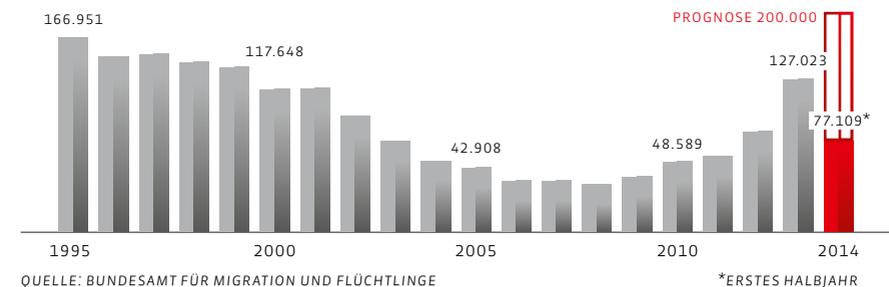
Deutschland ist als Gesprächs- und Vermittlungspartner in den Krisen und Konflikten der Welt gefragt wie nie. Wir setzen uns engagiert dafür ein, dass Konflikte wie in der Ukraine oder im Nahen Osten politisch und ohne Waffen gelöst werden. Dem Nordirak, wo die IS-Terrorherrschaft wütet, galt es, durch umfangreiche humanitäre Hilfe sowie militärische Unterstützung beizustehen.

GERECHT ✓

Deutschland bringt seine Möglichkeiten für die Bewältigung und Lösung internationaler Konflikte und humanitärer Katastrophen ein. Wir übernehmen Verantwortung für diejenigen, die in Not sind, die vor Gewalt und Vernichtung fliehen und alles zurücklassen müssen.

ASYLBEWERBERZAHLEN SO HOCH WIE ZULETZT 1994

ZAHL DER ASYLANTRÄGE SEIT 1995 PRO JAHR (ERSTANTRÄGE)



AUSSERDEM AUF DEN WEG GEBRACHT

KLIMASCHUTZ VORANBRINGEN

Wir haben in der EU neue, ambitionierte Klimaschutzziele bis 2030 durchgesetzt. Um die Klimaschutzziele bis 2020 in Deutschland umzusetzen, hat die Koalition ein Aktionsprogramm Klimaschutz und einen Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz beschlossen. Damit wollen wir die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 erreichen.

KEINE GRÜNE GENTECHNIK IN DEUTSCHLAND

Dank des Drucks der SPD-Bundestagsfraktion tritt die Bundesregierung in der EU dafür ein, dass die EU-Mitgliedstaaten eigene Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen erlassen können. Damit soll der Anbau grüner Gentechnik trotz EU-Zulassung in Deutschland verhindert werden.

NSA-AFFÄRE AUFKLÄREN

Fraktionsübergreifend haben wir einen Untersuchungsausschuss NSA eingesetzt. Er soll die massenhafte Erfassung und Speicherung von Kommunikationsdaten von, nach und in Deutschland durch US-amerikanische und britische Nachrichtendienste untersuchen. Außerdem soll er prüfen, welche Reformen notwendig sind, um vertrauliche Kommunikation besser zu schützen.

DIGITALE AGENDA VORANTREIBEN

Zur Stärkung der Aktivitäten im Bereich der Digitalisierung hat die Bundesregierung erstmals eine ressortübergreifende Digitale Agenda 2014 - 2017 beschlossen. Damit werden wesentliche digitale Vorhaben der Koalition gebündelt – allen voran der flächendeckende Breitband-Ausbau bis 2018 mit 50 Mbit/s.

GLEICHSTELLUNG VON LEBENSPARTNERSCHAFTEN

In der Steuerpolitik und bei der Sukzessivadoption haben wir eingetragene Lebenspartnerschaften der Ehe gleichgestellt. Unser Ziel der völligen Gleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft rückt damit ein Stück näher.

LEBENSVERSICHERUNGEN STABILISIERT

Mit einem ausgewogenen Maßnahmenpaket haben wir dafür gesorgt, dass sich die Versicherten auch in Zukunft darauf verlassen können, dass sie die ihnen garantierten Leistungen erhalten. Die Versicherungsunternehmen, Anteilseigner und der Versicherungsvertrieb leisten hierzu einen angemessenen Beitrag. Gleichzeitig stärken wir die Aufsicht über die Versicherungen.

STRAFBEFREIENDE SELBSTANZEIGE VERSCHÄRFT

Die strafbefreiende Selbstanzeige darf kein Freifahrtschein für Steuerhinterzieherinnen und -hinterzieher mehr sein. Deshalb haben wir eine Verschärfung durchgesetzt: Künftig wächst die Strafzahlung mit der Höhe der hinterzogenen Steuern auf bis zu 20 Prozent. Für ausländische Kapitalerträge müssen auch für länger zurückliegende Zeiträume Steuern nachgezahlt werden.

STEUERFLUCHT BEKÄMPFEN

Im Oktober 2014 haben 50 Staaten einen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen ab 2017 vereinbart. Die Partnerländer senden künftig automatisch Informationen über Kapitalerträge an die deutschen Finanzämter. Damit schützt das Bankgeheimnis Steuerbetrüger nicht mehr vor Strafverfolgung.

EIGENTÜMER HAFTEN BEI BANKENPLEITEN

Mit der Umsetzung der europäischen Bankenabwicklung werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler künftig vor den Kosten einer Bankenpleite geschützt. Dabei werden zunächst die Eigentümerinnen und Eigentümer der Pleitebank zur Kasse gebeten, bevor die Gemeinschaft der Banken haftet. Die europäischen Banken zahlen dazu 55 Milliarden Euro in einen Abwicklungsfonds ein. Wichtig war uns, dass Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit ihrem risikoärmeren Geschäftsmodell weniger einzahlen als risikobereite Banken.

SCHUTZ VOR SEXUELLEM MISSBRAUCH

Mit dem Internet hat kinderpornographisches Material völlig neue Wege zur Verbreitung gefunden. Daher haben wir strafrechtliche Ergänzungen im Bereich der Kinderpornographie umgesetzt. Mit Augenmaß bleibt dabei sozial übliches und alltägliches Verhalten straffrei, während künftig das Herstellen, Verbreiten und der Besitz so genannter Posing-Bilder strafbar ist.



RECHTSSICHERHEIT FÜR BILDUNGSEINRICHTUNGEN BEIM URHEBERRECHT

Damit Schulen und Hochschulen auch weiterhin Auszüge aus urheberrechtlich geschützten Werken in das schulische und universitäre Intranet einstellen dürfen, haben wir das Urheberrecht geändert. Damit besteht jetzt dauerhaft Rechtssicherheit bei der Benutzung urheberrechtlich geschützter Werke im Unterricht.

AUSSERDEM HABEN WIR

- die Bestechung von Abgeordneten strafbar gemacht,
- mehr Gerechtigkeit bei Ghetto-Renten geschaffen,
- die Künstlersozialversicherung stabilisiert,
- eine Endlagersuchkommission eingesetzt,
- mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft durch eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik durchgesetzt und
- die Abhängigkeit von Ratings auf Finanzmärkten verringert.

VIEL GETAN, VIEL VOR

WAS WIR ALS NÄCHSTES UMSETZEN

MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

In keiner anderen Wirtschaftsnation sitzen so wenige Frauen in Führungsetagen wie in Deutschland. Das werden wir ändern. Ab 2016 sollen Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen zu mindestens 30 Prozent mit Frauen besetzt sein. Außerdem erarbeiten wir ein Entgeltgleichheitsgesetz, um gleiche Löhne für Frauen und Männer besser durchzusetzen.

ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT SCHAFFEN

Wir werden die Leiharbeit auf ihre Kernfunktion beschränken. Wir führen eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten und gleichen Lohn nach neun Monaten ein. Außerdem bekämpfen wir den Missbrauch von Werkverträgen zur Umgehung des Arbeitsrechts.

STROMNETZE AUSBAUEN, VERSORGUNGSSICHERHEIT SCHAFFEN

Der Ausbau der erneuerbaren Energien hängt wesentlich auch vom Ausbau der Stromnetze und vom Strommarktdesign ab. Deshalb führen wir die Maßnahmen zur Erhöhung der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger beim Netzausbau fort. Den Strommarkt werden wir so weiterentwickeln, dass die Versorgungssicherheit umweltverträglich und zu möglichst niedrigen Kosten gewährleistet ist.

FRACKING VERBIETEN

Als unkonventionelle Erdgasgewinnung ist Fracking eine Technologie mit erheblichem Risikopotenzial und noch nicht ausreichend erforscht. Deshalb werden wir Fracking mit umwelttoxischen Stoffen sowie in allen sensiblen Gebieten wie Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten sowie oberhalb von 3000 Metern verbieten. Nur in Ausnahmefällen soll unter strengen Auflagen eine Genehmigung für Forschungsbohrungen möglich sein, wenn zuvor eine Kommission die Unbedenklichkeit attestiert hat.

BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN

Mit einer Allianz für Aus- und Weiterbildung wollen wir jungen Menschen eine Ausbildungsgarantie geben. Um beruflichen Aufstieg zu erleichtern, werden wir das Meister-BAföG verbessern.

FINANZIELLEN VERBRAUCHERSCHUTZ VERBESSERN

Wir verbessern den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Kauf von Finanzprodukten. So führen wir deutlichere Warnhinweise über Produktrisiken ein und verbessern den Zugang zu unabhängiger Beratung.

INVESTITIONEN ANREGEN

Deutschland hat ein Investitionsdefizit bei öffentlichen und privaten Investitionen. Deshalb erarbeitet eine Expertenkommission Vorschläge, wie die Investitionstätigkeit von privaten Unternehmen verbessert und mehr Kapital in die Finanzierung des Netzausbaus gelenkt werden kann.

BÜROKRATIE ABBAUEN

Wir werden Start-Ups und junge Gründer von Bürokratiepflichten befreien und den Mittelstand von Bürokratiekosten entlasten.

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IN DEUTSCHLAND

Mit dem Auslaufen des Solidarpakts 2019 steht eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bevor. In den Verhandlungen treten wir für ein solidarisches Gemeinwesen ein, das gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zum Ziel hat.

KARENZZEITEN EINFÜHREN

Auf unser Betreiben hin hat die Bundesregierung Eckpunkte festgelegt, um in Zukunft beim Wechsel von politischen Amtsträgern in die Wirtschaft Interessenskollisionen zu verhindern. Mitglieder der Bundesregierung müssen in Konfliktfällen künftig nach ihrem Ausscheiden aus der Politik mindestens zwölf Monate warten, bevor sie ein Jobangebot aus der Wirtschaft annehmen dürfen.

ZWANGSPROSTITUTION BEKÄMPFEN, LEGALE PROSTITUTION BESSER REGELN

Wir wollen Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen und die Täter wirksamer bestrafen. Das Aufenthaltsrecht für Opfer von Menschenhandel werden wir weiterentwickeln. Zudem werden wir die Regulierung des Prostitutionsgewerbes und die ordnungsrechtlichen Kontrollmöglichkeiten verbessern.

EMPFEHLUNGEN DES NSU-UNTERSUCHUNGS- AUSSCHUSSES UMSETZEN

Mit dem NSU-Untersuchungsausschuss hat der Bundestag nach dem Bekanntwerden der Mordserie der rechtsterroristischen Gruppierung »Nationalsozialistischer Untergrund« Empfehlungen zur Reform von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz erarbeitet und sich für eine kontinuierliche Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung eingesetzt. Zwei Maßnahmenpakete zur Justiz und zum Verfassungsschutz werden wir 2015 umsetzen. Außerdem wird im Haushalt 2015 mehr Geld für Initiativen gegen rechte Gewalt bereitgestellt.

LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT BEKÄMPFEN

Viele Langzeitarbeitslose profitieren kaum von der guten Stimmung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat daher ein Konzept für den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit vorgestellt, mit dem wir mehr Chancen und soziale Teilhabe ermöglichen wollen. Diese Eckpunkte werden nun konkretisiert und umgesetzt.

VERGABERECHT MODERNISIEREN

Wir werden das Vergaberecht reformieren. Die Verfahren sollen einfacher und flexibler werden. Die Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen an öffentlichen Vergabeverfahren wollen wir erleichtern. Gleichzeitig soll die öffentliche Auftragsvergabe künftig stärker strategische Ziele unterstützen. Dazu gehören vor allem soziale, ökologische und innovative Aspekte. Kommunen sollen mehr Rechtssicherheit bei der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge erhalten.

HERAUSGEBERIN

SPD-Bundestagsfraktion, Petra Ernstberger MdB,
Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik, 11011 Berlin

HERSTELLUNG

SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit

TEXT & REDAKTION

Planungsgruppe, Öffentlichkeitsarbeit

ERSCHIENEN Dezember 2014

GESTALTUNG knisterwerk.com

FOTOS

Vorwort, Seite 5 (Susie Knoll)

Motiv »Mindestlohn«, Seite 8

Fotolia (froxx, Robert Neumann, felinda, Picture-Factory)
123RF (©HONGQI ZHANG, ©auremar)

Motiv »Rente«, Seite 12

Fotolia (Andrey Kuzmin), iStock.com (©paparazzit)

Motiv »Zeit für Familie«, Seite 16
photocase.de (van dalay)

Motiv »Bildung«, Seite 20
123RF (Joana Lopes/ximagination)

Motiv »Energiewende«, Seite 24
Fotolia (Piotr Skubisz), shutterstock.com (Eillen), 123RF (©tan4ikk)

Motiv »Bezahlbares Wohnen«, Seite 28
photocase.de (zettberlin)

photocase.de: Seite 11 (nicolasberlin), Seite 19 (van dalay),
Seite 23 (hasselblad15), Seite 35 (nici_piept), Seite 39 (.marqs),
Seite 42 (simonthon)

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient
ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes
nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

GESETZLICHER MINDESTLOHN ✓
GUTE TARIFLÖHNE ✓
RENTENPAKET ✓
ELTERNGELDPLUS ✓
HÖHERES BAFÖG ✓
MEHR GELD FÜR BILDUNG ✓
MIETPREISBREMSE ✓
NEUSTART DER ENERGIEWENDE ✓
AUSGEGLICHER HAUSHALT ✓
ENTLASTUNG DER KOMMUNEN ✓
MODERNES STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT ✓
ENDE DER KOPFPAUSCHALE ✓
BESSERE PFLEGE ✓
GLEICHSTELLUNG VON LEBENSPARTNERSCHAFTEN ✓